

II-33 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

19.12.1962

2/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M a h n e r t , Dr. G r e d l e r , Dr. van T o n g e l ,
Dr. K a n d u t s c h und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht,
betreffend die bedrohliche Entwicklung an den Hohen Schulen Österreichs.

-.-.-.-.-

Durch Entschliessungen der Österreichischen Hochschülerschaft und durch eine grosse Studentendemonstration in Wien am 14. Dezember 1962 wurde die Öffentlichkeit alarmiert. In der Entschliessung des Hauptausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien vom 3. Dezember 1962 wird unter anderem darauf hingewiesen, dass durch die ständige Nichtbeachtung der seit Jahren vorgebrachten Forderungen der Hochschülerschaft jene krassen Mißstände eintreten konnten, die der Vorsitzende des Hauptausschusses aufgezeigt hat. Die Hochschüler fordern die Einhaltung der Zusagen und Versprechungen, die in Bezug auf die Förderung und Unterstützung der Belange der Hohen Schulen Österreichs gemacht wurden. Die Denkschrift hebt hervor, dass sich an der Universität Wien eine Katastrophe anzubahnen scheint, die Situation an der medizinischen Fakultät sei als hoffnungslos zu bezeichnen, da ab 15. Oktober 1962 mitten in der ordentlichen Inskriptionsfrist alle Studenten abgewiesen wurden. An den für das Studium der Pharmazie an der Wiener Universität in Betracht kommenden Instituten ist die Lage derart katastrophal, dass im nächsten Studienjahr höchstens 10 Studenten das Pharmazie-Studium beginnen können, da nicht mehr Laboratoriumsplätze frei sein werden. Der Vorsitzende des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft Blaickner - nebenbei erwähnt ein Mann, der keinesfalls einer oppositionellen Richtung angehört - erklärte wörtlich: "Das ist unvermeidlich in einem Staat, wo dafür unzuständige Parteistellen Budgets nach machtpolitischen Gesichtspunkten erstellen." Auch die Technische Hochschule in Wien alarmierte durch eine Protestresolution die Öffentlichkeit, in der hervorgehoben wird, dass beim Hochspannungsprüffeld der Hochschule und anderen technischen Anlagen die vorgeschriebenen Absicherungen fehlen, wodurch diese Einrichtungen teilweise lebensgefährlich sind. Es wird weiters festgestellt, dass die letzte grösse bauliche Erweiterung vor mehr als 50 Jahren erfolgt sei, der grösste Hörsaal umfasse 350 Personen,

- 2 -

2/J

manche Vorlesungen sind aber von mehr als 1.000 Hörern ordnungsgemäß inskribiert, die auch die Kollegiengelder entrichtet haben. Da auch die Rektorenkonferenz und die Professorenschaft ähnliche Protestschritte unternommen hat, kann wohl behauptet werden, dass an den Hohen Schulen Österreichs eine Lage entstanden ist, die nicht länger hingenommen werden darf und dringend Sofortmassnahmen erfordert. Die freiheitlichen Abgeordneten haben in allen vergangenen Budgetdebatten vergeblich auf die Notwendigkeit hingewiesen, der entscheidenden Bedeutung des Kulturbudgets Rechnung zu tragen. Solange diese entscheidende Bedeutung nicht grundsätzlich anerkannt wird, ist eine Änderung der das Ansehen Österreichs als Kulturstaat bedrohenden Situation nicht zu erwarten.

Diese Situation wird noch verschärft durch das ausserordentlich grosse Ausmass des Ausländerstudiums, das bei aller Würdigung der bedeutenden Mission, die Österreich auf geistigem Gebiet zu erfüllen hat, doch zu einer Beeinträchtigung der Ausbildungsmöglichkeiten des österreichischen akademischen Nachwuchses nicht führen darf.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Unterricht folgende

Anfrage:

1. Sind dem Herrn Unterrichtsminister die in der erwähnten Denkschrift angeführten Tatsachen bekannt?
2. Welche Massnahmen erscheinen dem Herrn Unterrichtsminister für erforderlich, um raschestens die bedrohliche Entwicklung an den österreichischen Hochschulen zu beseitigen?
3. Ist der Herr Bundesminister entschlossen, nur einer solchen Regierungsvorlage über das Budget seine Zustimmung zu geben, die durch eine entsprechende Dotierung des Kulturbudgets eine Beseitigung der oben dargestellten, katastrophalen Situation der österreichischen Hochschulen sicherstellt und, falls er mit seiner Auffassung im Ministerrat nicht durchdringt, in geeigneter Form, etwa durch Demission an den die Budgethoheit ausübenden Nationalrat zu appellieren?
4. Ist der Herr Bundesminister bereit, Massnahmen vorzuschlagen, die sicherstellen, dass das an sich begrüssenswerte Studium von Ausländern nicht die Ausbildungsmöglichkeiten unseres eigenen Nachwuchses empfindlich beeinträchtigt?